

**SPD-Fraktion im Rat der  
Landeshauptstadt Hannover**

**Bündnis 90/Die Grünen Fraktion  
im Rat der Landeshauptstadt Hannover**

Hannover, 17.01.2011

In den

- Sozialausschuss
- Verwaltungsausschuss

**Haushaltsplan 2011 - Ergebnishaushalt  
Zusatzantrag gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates  
der Landeshauptstadt Hannover zur DS 1583/2010**

**Teilhaushalt:** 50 Soziales

**Produkt:** 35101 Sonstige soziale Angelegenheiten

**Antrag zu beschließen:**

2. Bei o.g. „übrigen“ Produkt  
folgende Änderungen vorzunehmen

Die Verwaltung wird beauftragt, ein kommunales Handlungsprogramm zur Inklusion zu entwickeln. Das Thema Inklusion ist fachübergreifend zu behandeln. Den Gremien ist ein jährlicher Bericht zur Umsetzung vorzulegen.

**Begründung:**

Im März 2009 hat die Bundesregierung das "Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen" ratifiziert. Damit handelt es sich nun um geltendes Recht. Grundlage der Rechte behinderter Menschen sind nach Artikel 3 der UN-Konvention die Menschenwürde, die individuelle Autonomie, die Freiheit, eigene Entscheidungen zu treffen und die Selbstbestimmung. Zentrale Punkte sind aber auch die Chancengleichheit, die Barrierefreiheit, die wirksame Teilhabe und die Einbeziehung der Gesellschaft. Auch auf kommunaler Ebene müssen diese Aspekte fachbereichsübergreifend in das planerische Handeln einbezogen werden.

Christine Kastning  
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau  
Fraktionsvorsitzender